

Nr. 15/110

Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfonds-Gesetz)

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/74)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/111

Steuergerechtigkeit

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/78)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. November 1999

(Drucksache 15/105)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/112

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/73)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 15/113

Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/75)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss.

Nr. 15/114

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Totalisatoren und Lotterien

Mitteilung des Senats vom 28. September 1999

(Drucksache 15/58)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/115

Überregionale Verkehrsanbindung

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 2. November 1999

(Drucksache 15/93)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/116

Neue Wege für den ÖPNV in Bremen und der Region

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 2. November 1999

(Drucksache 15/94)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/117

Öffentlicher Nahverkehr für Bremen und die Region

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 16. November 1999

(Drucksache 15/115)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31. Juli 2000 die Festsetzungen des Nahverkehrsplanes 1998 bis 2002 zu überprüfen und auf dieser Grundlage ein neues straßen- und schienengebundenes Nahverkehrskonzept für Bremen und Bremerhaven vorzulegen, das das regionale Angebot des Zweckverbandes Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen berücksichtigt und in die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes integriert werden kann.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Zusammenhang mit der Entwicklung des Konzeptes auch die Wettbewerbsfähigkeit der BSAG sowie die finanziellen Konsequenzen für die Kommune zu berücksichtigen und folgende Fragen zu beantworten:
 - a) Welche Zielsetzung verfolgt der Senat unter den Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit, um im Rahmen des Zweckverbandes Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur für Bremen, Bremerhaven und für die Region auch in den kommenden Jahren sicherzustellen?
 - b) Welche Prämissen setzt der Senat für die Weiterentwicklung des straßen- und schienengebundenen Nahverkehrs im Rahmen des Zweckverbandes?
 - c) Welchen Modal Split strebt der Senat bis zum Jahr 2010 an?
 - d) Wie bewertet der Senat das Zielnetz 2010 der BSAG, und welche Planungen zur Ausweitung des Straßenbahn- bzw. Stadtbahnnetzes werden vorbereitet?

- e) Wie wird die politische Forderung, neue Wohnquartiere, Freizeitanlagen und größere Gewerbegebiete an das Nahverkehrsnetz anzubinden, bei der Fortschreibung des Angebotes berücksichtigt?
- f) Welche Initiativen will der Senat ergreifen, um die Erreichbarkeit der Region zu optimieren?
- g) Welche Veränderungen schlägt der Senat vor, um die Planungs-, Regie- und Verkehrsunternehmensebene in der Stadt Bremen und in der Region wettbewerbsgerecht zu organisieren?
- h) In welcher Form werden die Verkehrsgesellschaft Bremerhaven (VGB) und die BSAG in Zukunft kooperieren?

Nr. 15/118

Gesetz über den Eigenbetrieb Performa Nord – Personal, Finanzen, Organisation, Management – Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremPerformaG)

Mitteilung des Senats vom 2. November 1999

(Drucksache 15/99)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/119

Nordseemuseum Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 9. November 1999

(Drucksache 15/100)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, schnellstens gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven eine dauerhafte und attraktive Lösung für die Schausammlung des Landes (Nordseemuseum) in Bremerhaven zu erarbeiten.

Nr. 15/120

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4

vom 9. November 1999

(Drucksache 15/102)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/121

Investitionsprogramm 1999 bis 2002 (Bundesverkehrswegeplan)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 9. November 1999

(Drucksache 15/103)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/122

Investition zur Stärkung des Kreuzfahrtstandorts Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. November 1999
(Drucksache 15/108)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Überweisungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Senats, mit einem Zeit- und Maßnahmenkatalog das Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven zu modernisieren und den Anforderungen des Kreuzfahrtgeschäftes anzupassen. Durch den geplanten Umbau des Terminals erfüllt der Columbus-Bahnhof die Kriterien einer modernen und attraktiven Abfertigungsanlage für Kreuzfahrtveranstalter und -passagiere.

Der Senat wird gebeten, die laufenden Gespräche über die Einrichtung einer Fährverbindung zwischen Bremerhaven und Norwegen zu unterstützen und dem Landeshafenausschuss regelmäßig hierüber zu berichten.

Nr. 15/123

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Tanja K r ä m e r - A h l e r s

anstelle des ausgeschiedenen Deputierten Ernst-Otto Krüger zum Mitglied der staatlichen Deputation für Bau.